vinetur

Unterhaus bringt Finanzgesetz mit höheren Alkoholsteuern voran

Das zentrale Steuergesetz der Regierung geht in die Ausschussberatung und sieht Änderungen bei kleinen Erzeugern, Bankensteuern, Gewerbeimmobilienabgaben und Elektrofahrzeugen vor.

Dienstag, 24. November 2026



Das Unterhaus hat dem Finanzgesetz am Montag, dem 23. November, in zweiter Lesung zugestimmt. Damit hat das zentrale Steuergesetz der Regierung die nächste parlamentarische Etappe erreicht. Das Paket sieht unter anderem höhere Alkoholsteuern und Änderungen bei der Entlastung kleiner Erzeuger vor.

Das Gesetz ist das wichtigste Instrument, um die Maßnahmen aus dem Haushalt vom 28. Oktober in geltendes Recht umzusetzen. Zu Beginn der Debatte sagte Dan Tomlinson, Parlamentarischer Staatssekretär im Finanzministerium, die Regierung habe sich für einen seiner Ansicht nach finanzpolitisch disziplinierten Ansatz entschieden, der Haushalte unterstützen, Unternehmen stärken und die öffentlichen Finanzen unter Kontrolle halten solle. Die Gesetzgebung solle dem Land helfen, mit externem wirtschaftlichem Druck umzugehen und zugleich die langfristige Stabilität zu sichern, erklärte er.

In der Debatte stellte Tomlinson ein breites Bündel von Steuer- und Ausgabenmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Gesetz vor. Die Regierung werde im Januar eine Energiezahlung von £100 an Haushalte leisten, um bis zu 20 Millionen Haushalte zu unterstützen, die Mehrwertsteuersenkung auf Stromrechnungen verlängern und die Kraftstoffsteuer weiterhin einfrieren, sagte er den Abgeordneten. Zur Finanzierung dieser Unterstützung werde das Gesetz den Körperschaftsteuerzuschlag für Banken vorübergehend um drei Prozentpunkte anheben. Die Erhöhung solle am 31. März 2028 auslaufen.

Für Unternehmen bestätige der Haushalt ab April 2027 über das britische Programm für industrielle Wettbewerbsfähigkeit Senkungen der Gewerbeimmobilienabgaben um bis zu 25 % für mehr als 10.000 anspruchsberechtigte Betriebe, sagte Tomlinson. Außerdem habe die Regierung die Entlastung bei diesen Abgaben für Pubs, Clubs und Musikveranstaltungsorte ab April 2027 von 15 % auf 35 % erhöht. Rund 70.000 weitere Gewerbeimmobilien würden vollständig von der Abgabenpflicht befreit; für andere Unternehmen in diesen Branchen würden die Abgaben zudem zwei Jahre lang inflationsbereinigt eingefroren, sagte er.

Diese Maßnahmen sind für die Getränkeindustrie besonders relevant, denn das Finanzgesetz sieht auch direkte Änderungen bei der Alkoholbesteuerung vor. Es umfasst Erhöhungen der Alkoholsteuer und eine Neuregelung der Entlastung kleiner Erzeuger. Diese Kombination könnte die Steuerbelastung von Brauereien, Cidre-Herstellern, Brennereien und anderen Getränkeunternehmen verändern und zugleich beeinflussen, wie kleinere Anbieter im britischen Markt mit größeren Herstellern konkurrieren. Gleichzeitig könnte die Entlastung bei den Gewerbeimmobilienabgaben für Pubs und Clubs einen Teil des Drucks auf Gastronomiebetriebe mindern, die diese Produkte verkaufen.

Tomlinson sagte, das Gesetz enthalte außerdem Maßnahmen zur Förderung von Investitionen und Unternehmenswachstum. Die Reformen bei der steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung würden das Antragsverfahren für rund 40.000 Unternehmen vereinfachen und mehr Firmen den Zugang zu Entlastungen in Höhe von £65 Millionen ermöglichen, sagte er den Abgeordneten. Änderungen an den Risikokapitalprogrammen sollten deren Nutzung erleichtern und dazu beitragen, dass mehr Investitionen junge und wachsende Unternehmen erreichen. Außerdem werde das Gesetz den Handelsfreibetrag von £1.000 auf £3.000 anheben und eine neue Steuervergünstigung für Gründer bei der Kapitalertragsteuer einführen. Für Gründer oder frühe Investoren in wachstumsstarken und innovativen Unternehmen gelte dabei ein Steuersatz von 10 % auf lebenslange Veräußerungsgewinne von bis zu £10 Millionen, sagte er.

Neben diesen wachstumsfördernden Maßnahmen wolle die Regierung die Steuerverwaltung modernisieren und Steuerverstößen entgegenwirken, sagte Tomlinson. Das Gesetz ebne den Weg für die elektronische Rechnungsstellung, aktualisiere die Vorschriften zur Fehlerkorrektur und stärke die Möglichkeiten der britischen Steuer- und Zollbehörde HM Revenue and Customs, nicht entrichtete Steuern aufzuspüren, erklärte er im Unterhaus. Weitere zusammen mit dem Haushalt angekündigte Maßnahmen dürften 2029–30 durch die Verringerung der Steuerlücke zusätzliche £2,3 Milliarden einbringen. Damit beliefen sich die Mehreinnahmen während der laufenden Legislaturperiode insgesamt auf mehr als £12 Milliarden. Außerdem werde das Gesetz ab April 2028 eine Verbrauchsteuer für Elektrofahrzeuge einführen,

als Teil eines langfristigen Ersatzes für die sinkenden Einnahmen aus der Kraftstoffsteuer angesichts der zunehmenden Nutzung von Elektrofahrzeugen, sagte er.

Oppositionsabgeordnete nutzten die Debatte, um die Folgen mehrerer Steueränderungen infrage zu stellen. Der konservative Abgeordnete Graham Stuart fragte, welche Auswirkungen höhere Steuern auf vermietete Immobilien auf das Wohnungsangebot und die Mieten hätten. Später wollte er wissen, warum große Unternehmen wie Compass Group einen Umzug nach New York erwögen und was die Regierung unternehmen werde, um Firmen davon abzuhalten, das Vereinigte Königreich wegen der seiner Ansicht nach übermäßigen Besteuerung zu verlassen. Tomlinson sagte, er habe nicht persönlich mit dem Unternehmen gesprochen. Die Regierung prüfe jedoch, wie sich die Kapitalmärkte vertiefen und die Börse unterstützen ließen.

Andere Abgeordnete konzentrierten sich auf die Auswirkungen einzelner Steuermaßnahmen auf Clubs und lokale Unternehmen. Der konservative Abgeordnete Sir Ashley Fox sagte, der Schatzmeister eines sozialen Clubs in seinem Wahlkreis habe ihm mitgeteilt, dass eine Erhöhung der Steuer auf Spielautomaten den Club zusätzlich zu den gestiegenen Sozialversicherungsbeiträgen £1.500 kosten werde. Dadurch sei eine wichtige Einrichtung für die Gemeinschaft gefährdet. Tomlinson entgegnete, die Erhöhung der Spielautomatensteuer um fünf Prozentpunkte sei begrenzt und auf Geräte mit höheren Einsätzen ausgerichtet. „Praktisch alle“ Spielautomaten in Pubs und Clubs dürften davon unberührt bleiben, sagte er, fügte jedoch hinzu, dass er bereit sei, den konkreten Fall weiter zu erörtern.

Die Debatte zeigte, wie die Regierung Steuererhöhungen in einigen Bereichen mit gezielter Unterstützung in anderen auszugleichen versucht. Die Getränkeindustrie dürfte diese Abwägung aufmerksam verfolgen, während das Parlament das Gesetz eingehender prüft. Änderungen bei der Alkoholsteuer und der Entlastung kleiner Erzeuger können sich auf Preise, Margen und den Marktzugang sowohl für Gastronomiebetriebe als auch für unabhängige Hersteller auswirken.